

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1898

5.3.1898 (No. 63)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 5. März.

№ 63.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranschlagung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist mir mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1898.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 3. März d. J. gnädigt bemogen gefunden, dem Königlich Preussischen Geheimen Regierungsrath Professor Busley aus Berlin das Ritterkreuz 1. Klasse des höchsten Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 20. Februar d. J. gnädigt geruht, dem Privatdozenten an der Universität Heidelberg Dr. Bela Haller den Charakter eines außerordentlichen Professors zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 20. Februar d. J. gnädigt geruht, den außerordentlichen Professor der Philosophie an der Universität Straßburg Dr. Paul Hensel in gleicher Eigenschaft an die Universität Heidelberg zu berufen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 21. Februar 1898 wurde Finanzassessor Julius Herfert beim Domänenamt Konstanz zum Domänenamt Freiburg und

Finanzassessor Karl Seidle beim Domänenamt Freiburg zum Domänenamt Konstanz verlegt.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 21. Februar 1898 wurde Fortassessor Berthold Daumiller bei der Domänenverwaltung der Bezirksforsterei St. Blasien zugetheilt.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Die Aussichten des Flottengesetzes

haben sich durch den Verlauf der Verhandlungen der Budgetkommission in so erfreulicher Weise gebessert, daß an seiner schließlichen Annahme seitens des Reichstages auch von den ausgesprochensten Oppositionsführern nicht mehr gezweifelt wird. Das Centrum hat mit seinem Einlenken in dieser, ein nationales Lebensinteresse unmittelbar berührenden Frage den Beweis erbracht, daß sein politischer Instinkt es zu einer ganz andern Rolle in unserem öffentlichen Leben berechtigt, als sie der bürgerlichen wie der sozialen Demokratie mit ihrer konsequenten Mißachtung der realen Verhältnisse jemals zufallen kann. Trotz aller Enttäuschungen verlor der Radikalismus bei uns immer und immer wieder, die Frage der nationalen Wehrkraft zur politischen Parteifrage zu stempeln, und er hat jetzt abermals eine gründliche Niederlage erlitten. Wenn nun aber die parlamentarische Verabschiedung des Flottengesetzes endlich unserer Wehrkraft zur See die feste Grundlage verleihen haben wird, auf der sie sich organisch fortentwickeln und sich zu einer wirklich leistungsfähigen Stütze unserer nationalen wie internationalen Machtstellung gestalten kann, so will es die „Südd. Reichs-Korrespondenz“ doch, bei aller Anerkennung des Verdienstes der parlamentarischen Marinefreunde, nicht unterlassen, wahrheitsgemäß daran zu erinnern, wer denn eigentlich der unablässig vorwärtstreibende Faktor in der ganzen Marinefrage von Anbeginn bis auf den heutigen Tag gewesen ist. Zum zehnten Male haben es sich binnen kurzem, seitdem Kaiser Wilhelm II. zur Regierung gelangte und alsbald die angemessene Entwicklung der deutschen Wehrkraft zur See zu einer der vornehmsten Aufgaben seiner Herrschertätigkeit erhob. Das erste Jahrzehnt der Regierung Kaiser Wilhelms II. hat außer so eminent segensreichen Werken wie die Reform der direkten Steuern in Preußen und den Ausbau der Sozialreform, zu welcher die bahnbrechende Botschaft Seiner Kaiserlichen Großvaters vom 17. November 1881 den Anstoß gab, auch die Pläne zur zeitgemäßen Marine-Organisation umriß und Inhalt gewinnen sehen. Dank der Energie, Zähigkeit und meisterlichen Beherrschung der Sache durch den Kaiser selbst, verbunden mit dem äußerst glücklichen Griff, der dem Reichsmarineamt in der Personlichkeit des Admirals, Herrn Tirpitz, einen Leiter gab, welcher mit Takt und Verständnis auf die Direktive seines Kaiserlichen Herrn einging und sie zur rechten Zeit und am rechten Orte im Interesse der Flottensache zu verwerthen wußte, steht der Marinepolitik des Monarchen die Erreichung des Zieles in sicherer Aussicht. Und was die Genugthuung ob des Erreichten zu einer ungetriebenen macht, ist das Bewußtsein, daß dieser Ausbau der Flotte vor sich geht in Uebereinstimmung mit dem Urtheil der öffentlichen Meinung, unter gewissenhafter Berücksichtigung des materiellen Leistungsvermögens der Nation und unter strengster Respektirung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages. Wer möchte

so einseitig und ungerecht sein, um das Auge zu verschließen vor der großartigen Tragweite, welche der erfolgreiche Abschluß der Thätigkeit des jetzigen Reichstages nach voraussichtlich gewisser Annahme des Flottengesetzes für die fernere Gestaltung der Beziehungen zwischen Kaiser und Nation, zwischen Reichsregierung und Volksvertretung im Gefolge haben wird! Nichts wäre verkehrter und böswilliger, denn den Triumph der Marinepolitik des Kaisers etwa als Sieg der persönlichen Willensmeinung des Kaisers darstellen zu wollen. Wenn von irgend einem Prinzip, das in dem Zusammenwirken aller verfassungsmäßigen Faktoren bei dem Flottengesetz triumphierte, geredet werden kann, so ist dies das Prinzip des nationalen Gedankens, und eines solchen Triumphes kann jeder kaiser- und reichstreue deutsche Mann nur aufrichtigen Herzens sich freuen.

Deutsch-nationale Politik in den Ostmarken.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses ist endlich in entschiedener, jeden Zweifel ausschließender Weise von Seiten der Regierung die Absicht bekundet worden, der polnischen Agitation in den Ostmarken entgegenzutreten. Wir begrüßen das Vorgehen der preussischen Regierung mit umso größerer Befriedigung, als wir seit Jahr und Tag auf den wachsenden Umfang und die immer heftiger sich gebende Wühlarbeit der polnischen Wortsführer hingewiesen und die Nothwendigkeit energischer Abwehr dargelegt hatten. Ueber den Verlauf der Sitzung liegt uns folgender Bericht vor:

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet in zweiter Lesung den Gesetzesentwurf wegen Abänderung des Gesetzes vom 26. April 1886, betreffend die Beförderung deutscher Anstellungen in den Provinzen Westpreußen und Posen. Nach der Vorlage soll der Fonds von 100 auf 200 Millionen erhöht werden; die Budgetkommission beantragte unveränderte Annahme, Abg. Sieg (nat.-lib.) einen Zusatz, wonach in Ausnahmefällen auch die Bildung größerer Reistgüter zulässig sein soll.

Abg. Mottly (Pole) erklärt im Namen seiner Landsleute, daß diese ihren bereits am 20. Januar erhobenen Protest gegen die Vorlage ausreicht ertheilt und sich auch bei der zweiten Verlesung nicht beteiligen würden. Die polnischen Abgeordneten verließen den Saal.

Abg. v. Ledemann (freikons.) fährt aus, daß seine Freunde für die Vorlage und den Antrag Stimmen würden. Die Polen hätten auf dem Wege der Genossenschaftsbildung einen Mittel- und Bürgerstand geschaffen, der den Deutschen zum großen Theil verdrängt habe, und sie bekottirten alle deutschen Handwerker und Kaufleute.

Abg. Herrmann (Centr.) führt den Umstand, daß die Polen sich rührten, gerade auf das Anstiedelungsgesetz zurück, das dem Völkler-, Staats- und Naturrecht widerspreche.

Abg. Graf zu Limburg-Sturum (kons.) kann diese Behauptungen nicht zugeben; sonst würde seine Partei gegen die Vorlage sein. Von den Deutschen verlange man Rücksicht gegen die polnische Minderheit; die Polen aber beanspruchten alle Rechte, die sie als preussische und deutsche Staatsbürger hätten, dazu, ihren nationalen Sonderbestrebungen politischen Ausdruck zu geben. Deshalb sei das Anstiedelungsgesetz nichts anderes als eine berechnete Maßregel der Abwehr.

Abg. Jaedel (Frei. Volksp.) meint, daß durch solche Vorlagen das Polenthum nur gestärkt werde.

Abg. Sieg (nat.-lib.) stellt fest, daß das Gesetz bereits segensreiche Wirkungen habe, und bestreitet, daß die Protestanten irgendwie bevorzugt würden. Redner fordert, daß dem nächsten Landtage ein Gesetz vorgelegt werde, worin 10 bis 20 Millionen lediglich zur Förderung des deutschen Handwerks, des Mittelstandes, der Kunst u. s. w. auszuwerfen würden.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. v. Miquel: Ich kann die neutrale Erklärung, die ich im Namen des Staatsministeriums abgab, nur wiederholen. Unsere Stellung ist nicht entfernt gegen unsere polnischen Unterthanen gerichtet, aber wir können uns den offenen Thatsachen, die wir seit Jahrzehnten vor uns haben, unmöglich verschließen und diejenigen Maßnahmen unterlassen, die der allgemeinen deutsch-nationalen Aufgabe des preussischen Staates, seiner kulturellen Mission im Osten und seiner eigenen Sicherheit und Verhütung von Gefahr entsprechen. Man kann nicht übersehen, daß die wachsende Schroffheit der Nationalitätenstellung lediglich aus der Offensive, die das Polenthum mehr und mehr gegen die Deutschen eingenommen hat, hervorgegangen ist, und daß diese Offensive immer schärfer wird, die Meinung, sich abzuwenden, gewissermaßen einen Staat im Staate zu bilden, sich für gewisse kommende, vielleicht mögliche, vielleicht nicht mögliche Ereignisse zusammenzuschließen und vorzubereiten, Ereignisse, die gegen die Sicherheit des preussischen Staates gerichtet sein würden. Das haben wir alles klar vor uns. Ich habe schon anerkannt, daß es ganz entschuldbar, ich möchte sagen natürlich gegenüber einer so schwierigen Frage ist, daß die Regierung geschwankt hat, und daß dadurch ein großer Schaden entstanden ist. Aus der Erfahrung haben wir gelernt, daß ein kleinliches, polizeiliches Unterdrücken polnischer Äußerungen nichts nützt,

daß es vor allem darauf ankommt, nicht negativ gegen die Polen, sondern positiv für die Deutschen einzutreten. Damit werden wir auf die Dauer zwar langsam, aber sicher Fortschritte machen. Eine schwache Politik ist eine Politik, wie man sie vor der Gründung des Deutschen Reiches oft hörte, eine Politik der Stimmung in Hamburg, die von der deutschen Flotte nichts wissen wollte, weil dadurch möglicherweise mal ein Konflikt entstehen könnte. Bei einer solchen Politik wäre die Gründung des Deutschen Reiches allerdings unterblieben. Seit jener Zeit sei ja die Unruhe erst in die Welt gekommen. Bis dahin hätten wir ja ganz ruhig gesehnt und es sei uns nichts passiert. Ja, wenn der preussische Staat seine Aufgabe so aufsaßt, gegenüber dem permanenten Vordringen vor den Rippenhöfen, die von anderer Seite gegeben werden, immer weiter zurückweichen, um nur ja den Gegner nicht noch mehr zu erzürnen, wenn die deutsche Nation unfähig wäre, auch mal die Schulterfreiheit für sich in Anspruch zu nehmen, dann hätten wir die Gründung des Deutschen Reiches bleiben lassen sollen. Ich glaube wirklich, daß die Polen am ersten zu der auch von uns ersehnten verständlichen Stimmung kommen, wenn sie sehen, daß eine konsequente, klare und maßvolle deutsche Politik entgegensteht. Ich habe schon früher von unserer kulturellen Mission gesprochen; denn das werden auch die Polen nicht bestreiten, daß sie von der deutschen Kultur in die Höhe getragen sind. Wir wünschen nichts weiter, als daß die Polen sich wirklich befähigen und den Willen bekommen, sich in das preussische Staatswesen ganz innig hineinzuleben, genau so wie die Deutschen, daß wenn einmal eine große deutsch-nationale Frage auf dem Spiele steht, wir auch auf die Polen rechnen können, daß sie anders handeln als z. B. nach Zeitungsrichtern die polnische Fraktion des Reichstags in der großen nationalen deutschen Flottenfrage, wo sie einfach sagen: ja, weil die Regierung bei uns in Polen nicht so regiert, wie wir wünschen, so kümmern wir uns nicht um diese große Frage. Ich hoffe, daß diese Debatte und die Erklärungen, die wir abgeben, schließlich auch die Polen überzeugen werden: hier geschieht nichts, was nicht innerlich berechtigt und durch die gesammten Verhältnisse geboten ist, hier geschieht namentlich nichts, was nicht dauernd aufrechterhalten wird. Wir wollen nicht Maßregeln treffen, die irrtümlich, im Gegentheil, alle Maßregeln werden nur den Zweck haben, diese Gegensätze, die Schroffheit der Verhältnisse auf die Dauer wenigstens abzumildern. Ich verstehe vollkommen, daß ein Katholik, der treu an seiner Kirche und seinem Glauben hängt, in dieser Frage zwiespältig sein kann. Es kann ja sehr leicht die Meinung entstehen, daß, wenn auch nicht beabsichtigt, so doch tatsächlich eine besondere Begünstigung der evangelischen gegenüber der katholischen Kirche stattfindet. Eine Partei, welche in diesem Reichstag das Bürgerliche Gesetzbuch in's Leben gerufen hat, welche jetzt bei der Flottenfrage einen so prononzierten deutsch-nationalen Standpunkt einnimmt, wird sich doch wenigstens, glaube ich, sagen müssen: es ist doch nicht zu bestreiten, daß hier eine Frage unserer eigenen Nationalität vorhanden ist, daß wir Deutsche sind und daß, sofern nicht die Lösung dieser Frage mit Maßnahmen betrieben wird, welche einen zeitweilig feindseligen Charakter gegen die katholische Kirche haben, wenigstens doch die katholischen Abgeordneten, die katholische deutsche Bevölkerung sich hüten muß, irgend welche Dinge zu unterstützen, welche die Polen und ihren nationalen Gegensatz gegen die Deutschen befördern. Leider ist der Deutsche nur zu geneigt, die großen gemeinsamen Aufgaben und Interessen seiner Nation zu beurtheilen nach dem Gesichtspunkt kleiner Körperschaften mit einseitigen Auffassungen, aus solchen kleinen Zusammenrottungen, möchte ich sagen, alle Welt zu beurtheilen, beispielsweise auch in die Gefahr zu gerathen, sich von seiner eigenen Nation loszulösen, bloß um der Fraktion, der er gerade angehört, einen vermeintlichen Vorschub zu leisten. (Hört, hört! und stürmischer Beifall.) Das sieht man so recht bei den Wahlen. Wenn die freisinnigen Parteien in den Provinzen nicht zusammengehen mit den andern, politisch andersgesinnten Deutschen, so wird, ausgenommen die Stadt Posen, der Erfolg nicht der sein, daß ein Freisinniger gewählt wird, sondern der einzige Erfolg, daß ein Pole gewählt wird. Was soll denn diese Politik? Wollen die Freisinnigen sich einfach als ein Anner der Polen betrachten? Gewiß nicht! Ich traue ihnen das gar nicht zu. Ich bin überzeugt, daß sie nationales Gefühl genug haben, wenn sie sich das nur klar vor Augen halten, aber tatsächlich wird das so kommen. Ich habe noch die Zeiten erlebt, wo die Frage der Nation so unklar war, daß deutsche Abgeordnete 1848 fast todtgeschlagen wurden in einer Versammlung in Genua, weil sie darauf aufmerksam machten, daß es sich nicht darum handelte, ein großes Polenreich wiederherzustellen, sondern die Deutschen in diesen Provinzen zu retten. Ja, Gott sei Dank, 50 Jahre sind seitdem verfloßen; die deutsche Nation ist eine ander

geworden. Hat sie diese Frage einmal begriffen, so ist es eine schlechte Fraktionspolitik der Freisinnigen, sich nicht an die übrigen Deutschen anzuschließen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Ich hoffe, daß wir auch diese Freude erleben werden, da wir so gewaltige Fortschritte in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, immer allerdings unter Bekämpfung des uns Deutschen anhaftenden Mangels an nationaler Kraft und nationalem Bewußtsein. Diese Verhandlungen werden nach meiner Ueberzeugung, ich hoffe es wenigstens, nicht bloß durch das Gesetz, welches wir hier zum Abschluß bringen, sondern durch die Klarheit, die bei Freunden und Gegnern über diese ganze Frage aus dieser Diskussion hervorgehen wird, vielleicht noch entschiedener dahin wirken.

Abg. Stephan-Beuthen (Centrum) vermißt den Beweis, daß das Ansiedlungsgesetz wirkliche Erfolge habe; es werde damit lediglich Gefühlspolitik getrieben. Auf eine Bemerkung des Redners erwidert Landwirtschaftsminister Freiherr von Hammerstein, daß er bis zur dritten Lesung statistisches Material über die Vertreibung des Grundbesitzes auf die polnische und auf die deutsche Nationalität in Westpreußen und Polen beizubringen hoffe.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (kons.) führt aus, die katholischen Kirchenoberen sollten dafür sorgen, nationaldeutsche Geistliche anzustellen.

Abg. Münder (Freis. Volksp.) polemisiert gegen die Vertreter der Vorlage.

Der Finanzminister betont, daß die Aufgaben des Vereins, dem deutschen Element zur Sammlung zu dienen, durch die Umstände gerechtfertigt seien. Die Vorlage habe eine hohe agrar-politische und kulturelle Bedeutung; auch in Westfalen begimme schon diese Nationalitätenfrage zu entstehen.

Abg. Ehlers (Freis. Ver.) will keine „Kurrapolitik“, sondern eine ruhige Gemäßigungsarbeit.

Abg. Sattler (nat.-lib.) entgegnet dem Vorredner, daß der Patriotismus als ein stetig brennendes Feuer wirken müsse und daß die Freisinnigen, wenn sie ihre Polenfreundlichkeit ablegten, weit mehr Berührungspunkte mit den anderen Parteien gewinnen würden.

Der Finanzminister verweist sich dem Abg. Ehlers gegenüber dagegen, daß er jedem Deutschen, der der Vorlage abhold sei, Nationalgefühl abgesprochen haben solle; er habe nur bedauert, daß es uns Deutschen durch Kleinliche Sonderrückichten so häufig verdundelt werde.

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage, sowie der Antrag Sieg gegen die Stimmen des Centrums und der beiden freisinnigen Parteien angenommen.

Die Marinevorlage vor der Budgetkommission des Reichstags.

(Ausführlicher Bericht.)

* Berlin, 3. März.

Vierte Sitzung der Budgetkommission zur Vorberatung des Gesetzesentwurfs betreffend die deutsche Flotte.

Nach Eröffnung der Sitzung ergreift das Wort zum § 3 der Vorlage der Referent Dr. Lieber und führt aus: Die geforderten Indienststellungen seien notwendig, um dem Körper der Flotte Leben zu geben und die organische Verwendung derselben zu gewährleisten. Für die Auslandschiffe solle der bisherige Gebrauch beibehalten werden. Wollte man den Plan der Vorlage überhaupt, so werde man auch die geforderten Indienststellungen gut heißen müssen; wenn man auch für Heer und Flotte große Opfer zu bringen genötigt sei, so ergäbe sich doch die Uebernahme auch dieses Opfers aus dem Zusammenhang der ganzen Vorlage, nur so kann man die in der Flotte gegebene Waffe scharf und schneidig erhalten.

Abg. Graf Noon fragt an, ob es sich nicht empfehle, die Zahl der Kreuzer für die aktiven Formationen um einen zu vermehren, um für plötzlichen Bedarf im Auslande besser gerüstet zu sein.

Staatssekretär Tirpitz glaubt, daß beim Eingehen auf diesen Vorschlag Schwierigkeiten entstehen würden, weil man das Flaggschiff in der Schlachtreihe nicht entbehren könne; man würde, um ihn zu berücksichtigen, ein Schiff der Materialreserve mehr in Dienst zu halten genötigt sein; die Mittel dafür würden besonders bewilligt werden müssen; an sich sei ihm der Vorschlag nicht unerwünscht.

Bei der Abstimmung wird § 3 nach den Vorschlägen des Referenten mit großer Mehrheit angenommen.

§ 4 beantragt Referent Dr. Lieber zu streichen, da derselbe inhaltlich in dem neuen § 7 enthalten sei, ferner begründet er die Zusätze und Streichungen zu §§ 6 und 7.

Abg. v. Bennigsen bittet, ihm zu bestätigen, daß es sich hier nur um eine redaktionelle, keineswegs um materielle Änderungen handle.

Referent Dr. Lieber bemerkt, daß die v. Bennigsen'sche Auffassung zutrefte.

Staatssekretär Tirpitz erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, derselbe werde zur größeren Klarheit beitragen.

Der § 4 wird gestrichen.

Die §§ 6 und 7 werden mit großer Mehrheit in der abgeänderten Form (Lieber'scher Unterantrag zum Vorschlag des Referenten) angenommen.

Die §§ 6 und 7 lauten also nunmehr: § 6: „Die nach Maßgabe dieser Grundzüge erforderlichen Etatsstellen der Matrosendivisionen, Werftdivisionen und Torpedobothschaften unterliegen der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat.“ § 7: „Alle fortdauernden und einmaligen Ausgaben des Marineetat's, hinsichtlich deren in diesem Gesetze keine Bestimmungen getroffen sind, unterliegen der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushalt nach Maßgabe des Bedarfs.“

Zu § 5 (Personalbestand) bemerkt Referent, daß die verlangten Personalstärken sich aus den Indienststellungen ergeben.

Korvettenkapitän Capelle weist aus den Berechnungen nach, daß für die nicht in Dienst gestellten Schiffe der Reserveformationen die höheren Offiziere vorgeesehen seien.

Staatssekretär Tirpitz gibt auf Bitte des Abg. von Bennigsen eine Auskunft über den Personalbedarf der Kanonenboote.

Abg. Richter meint, daß das Gesetz hier seine Basis verliere, da die Indienststellung der Torpedoboote, Auslandschiffe u. s. w. nicht gesetzlich festgelegt werde; man könne nach dem Gesetz deren Indienststellung ja überhaupt unterlassen.

Referent Dr. Lieber bemerkt, daß die Indienststellung der Auslandschiffe u. s. w. der Sache nach gegeben sei; man könne nicht wohl neben dem Gesetz das Personal für diese mit einer Denkschrift fordern; wenn man die Indienststellungen unterlasse, liege auch kein Bedürfnis für die Mannschaften vor; das Gesetz verlange aber den Bedarf.

Staatssekretär Tirpitz erläutert, weshalb man die Torpedoboote nicht in das Gesetz aufgenommen habe; der § 5 stelle die Grundzüge auf, nach denen der Mannschaftsbedarf

berechnet werden solle; diese seien seiner Meinung nach nicht entbehrlich.

Nachdem im Verlaufe der weiteren Debatte der Referent noch einmal erklärt hat, daß der § 5 für den Organismus des Gesetzes unentbehrlich sei, wird der § 5, welcher nun die Nr. 4 enthält, angenommen.

Abg. Müller-Fulda hat folgenden Antrag eingebracht: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bis zur zweiten Lesung des Flottengesetzes in der Kommission dem Reichstage einen Gesetzesentwurf vorzulegen, welcher die Dedung der durch das Flottengesetz entstehenden Mehrkosten in der Weise regelt, daß solche entweder:

durch eine entsprechende Heranziehung der Interessenten (Aus- und Einfuhrhandel, Schifffahrt, und der Deutschen im Auslande), oder:

durch Besteuerung der über den Betrag von 300 000 M. hinausgehenden Vermögen der deutschen Reichsangehörigen gedeckt werden.“

Abg. Dr. Lieber ergreift das Wort zu § 9: Wenn die Flottenvorlage neue Lasten bedinge, so sei es nach seiner Meinung notwendig, nur die leistungsfähigen Schultern, die meistetheligen Kreise dafür heranzuziehen; hierdurch werde man den größten Theil des Widerpruches gegen die Vorlage brach legen. Er wolle, daß, wenn die eigenen Einnahmen des Reichs für die Flotte nicht ausreichten, keine neuen indirekten Steuern eingeführt würden; der Mehrbedarf solle dann durch Materialbeiträge aufgebracht werden; ob seine Anträge diesen Gedanken klar zum Ausdruck brächten, sei ihm nicht ganz unzweifelhaft, er glaube demselben jedoch durch seinen Hinweis auf eine stärkere Einkommensbesteuerung nahe gekommen zu sein. Er verkenne die in der Reichsverfassung liegenden Schwierigkeiten nicht; die reinliche Scheidung in der bisherigen Finanzwirtschaft zwischen Reich und Bundesstaaten würde hiermit beeinträchtigt werden; allerdings habe man diese Scheidung ja auch sonst nicht grundsätzlich festgehalten, namentlich die Frankenstein'sche Klausel habe diesen Grundgedanken auch sonst nicht empfindlich getroffen, was sich immer wieder als unbedeutende Fehlführung gemacht habe. Dem föderativen Prinzip der Reichsverfassung glaube er durch seine Anträge gerecht geworden zu sein, er sei übrigens mit jeder Fassung einverstanden, welche die Aufrechterhaltung desselben noch besser zum Ausdruck bringe. Redner verliest einen neuen Entwurf seines Antrages. Wenn auch nach Lage der Finanzen sein Antrag vielleicht zur Zeit überflüssig sei, so müsse man doch notwendigigweise für anormale Zeiten eine Sicherheit treffen, nur so sei die Vorlage eine populäre, und auf die Popularität könne man gerade in dieser nationalen Frage nicht verzichten.

Der Korreferent v. Massow bemerkt, in Bezug auf das Gesetz sei er in voller Uebereinstimmung mit dem Referenten gewesen, bezüglich dieses Zusatzparagraphen stehe er auf anderem Boden. Wenn auch der Grundgedanke desselben kein falscher sei, glaube er doch nicht, daß die Regierung zur Zeit in der Lage sei, zu der Formulierung desselben Stellung zu nehmen. Die Voraussetzung dieses Zusatzparagraphen sei außerdem noch gar nicht gegeben. Bezüglich der Anleihe theile er den Lieber'schen Standpunkt; die Frankenstein'sche Klausel sei von Anfang an nicht unbedingt gewesen; man solle die Finanzverwaltung des Reichs jetzt nicht noch weiter in ihren Grundlagen verschieben.

Staatssekretär des Reichshaushalts, v. Thielmann, sagt eine ernste Prüfung des Lieber'schen Grundgedankens zu; die von ihm gewünschte Formulierung werde aber nicht annehmbar sein und die Regierung könne nicht die darin liegende prinzipielle Frage bei dieser Vorlage zur Entscheidung bringen; er stelle vielmehr anheim, die Wünsche des Referenten durch eine Resolution zur Geltung zu bringen.

Abg. Singer bittet um Auskunft, in welcher Weise die Regierung dem Lieber'schen Grundgedanken Rechnung zu tragen gedente. Die Flotte habe hauptsächlich nur Werth für die bestehenden Klassen, das Interesse der Arbeiter sei nur ein sekundäres. Sie würden wohl von einem Kriegszustande schwer betroffen, an den zu schließenden Werthen hätten aber nicht die Arbeiter, sondern nur die Reichsangehörigen einen Antheil.

Abg. Müller-Fulda begründet sodann seinen Antrag zur Finanzirung der Vorlage.

Abg. Dr. v. Paasche wendet sich gegen die Anträge, welche offenbar das Gesetz nur zu Fall bringen wollten.

Unterstaatssekretär Aschenborn: Für die Dedung des Flottenaufwandes hoffe man mit den bisherigen Finanzquellen des Reichs unter mäßiger Anspannung der Anleihe auszukommen; die ordentlichen Einnahmen des Reichs würden nach der bisherigen Gepflogenheit ohnehin stärker in Anspruch genommen werden müssen, da der Werth der Flotte liege.

Abg. v. Kardorff: Die Lieber'schen Anträge stellen anscheinend die ganze Vorlage in Frage, man solle sich doch auf eine Resolution beschränken.

Abg. Graf Stolberg ist ebenfalls gegen die Anträge, mit Ausnahme vielleicht des ersten Theiles des Lieber'schen § 9.

Abg. Dr. Hammerstein: Es sei eine falsche Unterstellung, daß die Flotte nur gewissen Interessententressen zu Gute komme; richtig sei es, daß man für die Lasten die stärkeren Schultern heranziehen solle; eine Einwirkung in diesem Sinne auf die Bundesstaaten sei unbedenklich, man müsse sich der Zustimmung der Regierungen versichern, daß ihr mit ihren Spezialsteuern, wenn es nöthig sei, die Begüterten in Anspruch nehmen wollten.

Abg. Werner: Das Flottengesetz gewinne allerdings an Popularität.

Abg. v. Bennigsen ist für eine Resolution.

Abg. Müller-Fulda: Der beabsichtigte Zweck könne durch keine Resolution erreicht werden.

Die Weiterberatung wird auf Samstag 10 Uhr Vormittags vertagt.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 4. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Geheimrath Dr. Buchenberger zum Vortrag. Nachmittags hörte Höchstersele die Vorträge des Majors von Pannwitz, des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo und des Legationssekretärs Dr. Seyd.

** Bei der Versicherungsanstalt Baden sind im Monat Februar 1898 283 Rentengesuche (60 Alters- und 223 Invalidenrentengesuche) eingereicht und 235 Renten (47+188) bewilligt worden. Es wurden 51 Gesuche (5+46) abgelehnt, 167 (46+121) blieben unerledigt. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren 3 Alters- und 2 Invalidenrenten zuerkannt. Bis Ende Februar sind im ganzen 15 804 Renten (6455 Alters- und 9349 Invalidenrenten) bewilligt bezw. zuerkannt worden. Davon kamen wieder in Begfall 5798 (2394+3404), so daß auf 1. März 1898 10 006 Rentenempfänger vorhanden sind (4061 Alters- und 5945 Invalidenrentner). Ver-

glichen mit dem 1. Februar 1898 hat sich die Zahl der Rentenempfänger um 103 vermehrt, jene der Altersrentenempfänger um 6 vermindert. Die Rentenempfänger beziehen Renten im Gesamtwertbetrage von 1 272 118 M. 80 Pf. (mehr seit 1. Februar 1898 12 922 M. 36 Pf.). Der Jahresbetrag für die im Monat Februar 1898 bewilligten Altersrenten berechnet sich auf 6 742 M. 80 Pf. und für Invalidenrenten auf 24 819 M. — Pf., somit Durchschnitt für eine Altersrente 134 M. 85 Pf., für eine Invalidenrente 130 M. 63 Pf. (Für sämtliche bis 1. Januar 1898 bewilligten Renten betrug der durchschnittliche Jahresbetrag einer Altersrente 136 M. 84 Pf., einer Invalidenrente 130 M. 27 Pf. Beitragserrstattungen wurden im Monat Februar 1898 angewiesen: infolge Heirat weiblicher Versicherten in 220 Fällen 6 423 M. 71 Pf., infolge Todes versicherter Personen in 46 Fällen 1 863 M. 65 Pf.

§ (Vortrag über die deutsche Flotte.) Der geistige Vortrag des Herrn Geh. Rath Professor Busch über „Die deutsche Flotte und ihre technische Entwicklung“ zeugte von dem lebhaftesten Interesse, das auch hier in Karlsruhe der gegenwärtig so akuten Flottenfrage entgegengebracht wird; bis auf den letzten Platz war der geräumige obere Festballsaal besetzt und ein großer Theil der Ersthörer ließ es sich nicht verdrießen, stehend dem Vortrage beizumohnen. Bald nach 7 Uhr betrat Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin und Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin zur Lippe den Saal, von den Anwesenden durch Erheben von den Plätzen begrüßt. Außerdem waren Seine Excellenz der Herr Minister v. Brauer, die Herren Ministerialpräsidenten Excellenz Geh. Rath Dr. Eisenlohr und Excellenz Geh. Rath Dr. Buchenberger, der preussische Legation Excellenz v. Eisenberg, sowie Seine Excellenz Generalleutnant v. Grohne, Herr Oberbürgermeister Schaefer und zahlreiche Beamte und Offiziere zugegen. Gestützt auf genaue Kenntniß der vielseitigen einschlägigen Fragen wußte Professor Busch seine durch langjähriges Studium und praktische Erfahrung gestützte innere Ueberzeugung auf die Zuhörer zu übertragen, d. h. die Ueberzeugung von der dringenden Nothwendigkeit einer zeitgemäßen Ausgestaltung unserer deutschen Flotte, entsprechend der Stellung, die Deutschland unter den am Welthandel betheiligten Staaten einnimmt und entsprechend seiner geographischen Lage, sowie seiner industriellen und politischen Entwicklung. Redner begann seinen zweifelhafte instruktiven und fesselnden Vortrag mit einem historischen Rückblick, in welchem er die Bedeutung der Herrschaft zur See für die Machtstellung der Staaten erläuterte, er zeigte wie die Vorkämpfer Carthago's mit der Niederlage der Flotte bei den Agathischen Inseln während des ersten punischen Krieges unaufhaltsam zu schwinden begann gebrochen wurde, wie der Untergang der stolzen spanischen Flotte, der unbezwingbar erscheinenden Armada im Jahre 1588, den Verfall der spanischen Welt Herrschaft entschied. Weiter schilderte er, wie im nordamerikanischen Sezessionskriege die konföderierten Staaten durch die vollständige durchgeführte Blockade der über 4 000 Kilometer langen Küste in die entsehrlichste Nothlage gerieten, von der auch die Binnenländer nicht verschont blieben, und wies darauf hin, daß diese Thatsache wohl geeignet sei, diejenigen, die eine Blockade der ganzen deutschen Küste für unmöglich halten, vom Gedanken zu überzeugen. Weiter sprach Redner von dem wirtschaftlich en Werthe der Flotte. Die hoch entwickelte deutsche Schiffbaukunst, die heute in der ganzen Welt im besten Rufe steht, hat beträchtend auf sämtliche heimischen Industriezweige, insbesondere auf das Eisenhüttenwesen gewirkt, gehören doch allen in Süddeutschland 94 Firmen der verschiedensten Branchen zu den Lieferanten der Flotte, und viele Tausende, im ganzen Deutschen Reich vertheilt, gewinnen ihren Lebensunterhalt durch die Arbeit für die Marine. Während früher, und es ist noch nicht lange her, englische Schiffbaumeister berufen werden mußten, hat heute die deutsche Schiffbaukunst ihre englische Vormeisterin schon in vieler Hinsicht übertraffen. Auch die kulturverbundene Arbeit auf wissenschaftlichem Gebiete seitens der Nautischen Abtheilung des Reichsmarineamts wurde vom Redner eingehend gewürdigt. Die Nautische Abtheilung zerfällt in vier Degernate, von denen dem einen die Vermessung und Kartographie, dem zweiten das Gebiet der Nautik, das Instrumentenwesen, die nautische Ausrüstung der Schiffe, das nautische Nachrichtenwesen und außerdem die Thätigkeit der Seewarte und Observatorien zufällt. Das dritte Degernat bearbeitet das ganze Seeeiszeitenwesen und das vierte die Segelanweisungen. Die peinlich gewissenhafte Ausführung aller der genannten Arbeiten hat der Nautischen Abtheilung Weltruf geschaffen und zur Hebung der gesammten Seeschifffahrt außerordentlich viel beigetragen. Angehts dieser Thatsachen richtet sich das hohe Schlagwort der Flottengegner von der deutschen „Parade-Flotte“ von selbst. Dann besprach Professor Busch die Nothwendigkeit einer starken Flotte zum Schutz der im Auslande lebenden Landesleute und zeigte an einigen Beispielen, wie wirksam sich dieser Schutz durch energisches Vorgehen, gestützt auf tüchtige Kriegsschiffe, effektuieren läßt. Der letzte beratige Vorgang im Hafen von Port au Prince ist noch in aller Erinnerung. Daß Deutschland eine starke Flotte braucht, davon sei wohl jeder überzeugt, und es handle sich nur darum, wie stark die Flotte sein müsse, das wolle er, Redner, nicht entscheiden, sondern er überlasse die Entscheidung den Männern, die die Verantwortung dem Vaterlande gegenüber tragen, dessen Macht und Größe uns doch allen am Herzen liegt. Nach dem ersten Theil des Vortrages folgte die sehr interessante Vorführung von Projektionsbildern, die fast vollständig die einzelnen Schiffe unserer Marine sehr anschaulich darstellten und zugleich einzelne Baustadien, die Maschinenanlagen, sowie Grundrisse im Bau befindlicher Schiffe zeigten. Außerdem wurden die Schiffsformationen während der Fahrt und im Gefecht bildlich veranschaulicht. Zum Schluß besprach Redner die Geschäftsausrüstung der Schiffe und erläuterte, daß ein Geschwader von acht Panzerschiffen in zehn Minuten Schiffe im Gewicht von etwa 280 Tonnem auf den Gegner schleudern kann, eine Waffe, die der Belastung eines größeren Güterzuges entspricht. Bei der ungeheuren Wirkung der modernen Geschosse wäre es geradezu eine Grausamkeit, wollten wir unsere Schiffe anders als mit vollwertigen, bestgeschützten, erstklassigen Panzern in die Seeschlacht ziehen lassen.“ Mit diesen Worten schloß der Redner seinen Vortrag, der mit allgemeinem freudigem Beifall aufgenommen wurde. Nach Schluß des Vortrages vertheilten Ihre Königlichen Hoheiten noch einige Zeit im Saale und beehrten den Vortragenden durch eine längere Unterhaltung. Mit Freunden ist es zu begrüßen, daß berufene Männer, wie Professor Busch, sich der Aufgabe unterziehen, über die Bedeutung der Kriegsschiffe Aufklärung und Belehrung zu verbreiten und das Interesse für eine Frage anzuregen, die für Deutschlands Machtstellung in der Zukunft unzweifelhaft eine ausschlaggebende Rolle spielen wird.

§ (Museumsgesellschaft.) Am Dienstag den 8. März, Abends 7 Uhr, hält Herr Professor Dr. Ernst Ehler aus Leipzig im großen Museumsaal einen Vortrag über „Kampfspiele und Liebesleben zur Zeit der Minnefinger.“

§ (Vortrags-Cyklus.) In den nächsten Wochen wird der bekannte Redner und Schriftsteller Dr. Johannes Müller aus Schliersee an jedem Dienstag Abends 8 Uhr im

großen Rathssaal einen Vortrag über Probleme des modernen geistigen Lebens halten. Nachdem er in diesen Großstädten Deutschlands durchgehende Anerkennung seitens der Kritik gefunden, kommt Herr Müller zum ersten Male nach Karlsruhe. Das Thema für den ersten Vortrag am Dienstag 8. März lautet: „Religion und Naturwissenschaft“. (Näheres im Inseratenteil.)

* (Vor der Strafkammer I des Landgerichts Karlsruhe) wurde heute die Privatklage der Mitglieder des Aufsicht- und Verwaltungsrathes des Lebensbedürfnisvereins gegen den Gastwirth Philipp Adler wegen Beleidigung verhandelt. Die Sache kam am 7. Dezember v. J. vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung und endete mit der Verurtheilung des Adler zu 20 M. Geldbuße und Tragung der Kosten. Gegen das schöffengerichtliche Erkenntnis wurde von beiden Parteien Berufung eingelegt. Den Anlaß zu dem Prozeß gaben schwere Beschuldigungen, die Adler in einer öffentlichen Versammlung gegen den Verwaltungs- und Aufsichtsrath des Lebensbedürfnisvereins erhob. Der Beklagte wurde zu einer Geldstrafe von 200 M. verurtheilt.

□ Mannheim, 3. März. Nachdem das Planendurchschußprojekt vom Bürgerausschuß abgelehnt ist, hat der Stadtrath gestern beschlossen, die Plananlage zu beseitigen und an deren Stelle eine asphaltirte Fahrbahn mit sich rechts und links anschließenden breiten Gehwegen zu errichten. Die Baukosten betragen 230 000 M. — Ferner hat der Stadtrath beschlossen, außer dem Freibad im Rhein ein solches im Flosshafen zu errichten. Da das Flosshafengebiet unbeweglich ist, soll von dem höher liegenden Areal nach dem Flosshafen ein 50 cm dickes Rohr behufs ständiger Zufuhr frischen Wassers geleitet werden. — Zur Erbauung einer großen evangelischen Kirche in der städtischen Stadterweiterung hat der Stadtrath der evangelischen Gemeinde einen 1 100 qm großen Platz an dem zukünftigen Werthplatz zum Preise von 20 M. pro Quadratmeter angeboten. Der Bau wird in etwa drei Jahren in Angriff genommen werden. — In der gestrigen Bürgerausschuss-Sitzung wurden mehrere stadttrathliche Vorlagen, betreffend Anlauf von zwei Häusern zu städtischen Zwecken, Herstellung neuer Straßen und Kanalisierung derselben in der Schwelzinger Vorstadt und dem Lindendörfelgebiet genehmigt. Ferner wurde die Aufnahme eines neuen 3/4 Proz. Anlebens in Höhe von sechs Millionen Mark beschlossen.

□ Mannheim, 4. März. Nach einer vom Stadtrath dem Bürgerausschuß unterbreiteten Vorlage sollen die bisher einer Anzahl Unterlehrer gewährten Personalzulagen in Wegfall kommen. Dafür soll denjenigen Unterlehrern, welche die Dienstprüfung bestanden haben, sofort eine Aufbesserung ihres 1200 M. betragenden Gehaltes um 200 M. jährlich zugestanden werden, während diejenigen Lehrer, welche die Dienstprüfung noch nicht hinter sich haben, ihren jetzigen Gehalt von 1200 M. weiter beziehen. Die Aufbesserung von 200 M. jährlich würde sofort 30 Lehrern und 25 Lehrerinnen zu Theil werden. Zugleich gibt der Stadtrath in seiner Vorlage die Anlegung, das Höchstgehalt der Hauptlehrer, welches jetzt 3400 M. beträgt, auf 3600 M. hinaufzusetzen. Auch die Frage einer Abkürzung der Zulagefrist wird angeknüpft. Ferner beantragt der Stadtrath beim Bürgerausschuß, den Hauptlehrern in Kästthal-Waldhof dieselben finanziellen Bezüge zu gewähren, wie den Hauptlehrern in Mannheim, wodurch die finanzielle Lage der Lehrer von Kästthal-Waldhof eine wesentliche Besserung erfahren würde.

+ Fahr, 3. März. In seiner gestrigen Sitzung hat der Verbandsauschuß des Bezirkskrankenhauses in Fahr die entscheidenden Beschlüsse für die Erbauung dieser Anstalt gefaßt und so das Unternehmen, dessen Vorbereitung mehrere Jahre in Anspruch nahm, der Ausführung so nahe gerückt, daß mit dem Bau alsbald begonnen werden kann. Die Platzfrage wurde schon am 1. Dezember des vorigen Jahres entschieden. Der Bauplatz liegt am südwestlichen Ufer des Altars, oberhalb der Friedhofskirche. Die Summe aller Ausgaben würde sich auf 332 000 M. belaufen, die sich durch einen mit Sicherheit zu erwartenden Kreislauf von 12 000 M. vermindern dürfte. Hinsichtlich der Beschaffung der Mittel wurde beschlossen, ein zu 3/4 Proz. verzinsliches Anlehen in Höhe von 320 000 M. aufzunehmen. Die Rückzahlung soll vom Jahre 1903 ab innerhalb 70 Jahren in gleichmäßigen Annuitäten erfolgen. Die Gemeinden, welche an der Errichtung der Anstalt theilhaftig sind, sind folgende: Mannheimweiler, Dinglingen, Dundenheim, Friesenheim, Heiligenzell, Hagsweiler, Schenheim, Kitzell, Fahr, Langenwiesenthal, Weisenheim, Wintersheim, Nonnenweier, Oberschopfheim, Oberweier, Ottenheim, Pringsbach, Schönberg, Schuttern, Schutterzell, Sulz und Wittenweier. Dem Verwaltungsrath gehören an: Oberbürgermeister Dr. C. Schlusser (Vorsitzender), Medizinalrath Kroell, Medizinalrath Schmidt, Bürgermeister Morstadt-Fahr, Stadtrath Weiß, Stadtrath Wittich, Bürgermeister Kramer von Dinglingen und Bürgermeister Roth von Heiligenzell. — Die Straßenbahn R 8 H — Ottenheim soll am 1. April dem Verkehr übergeben werden.

X Vom Oberlande, 3. März. Die Voranschauung des Vorjahres nach dem erstatteten Jahresberichte im abgelaufenen Jahre einen Umsatz von 131 Millionen und einen Reingewinn von 56 170 M. Nach Verteilung einer 7 procentigen Dividende = 25 327 M. wurde der Rest des Gewinnes von 30 843 M. den beiden Reservefonds zugewiesen, welche nunmehr auf 341 611 M. angewachsen sind. Der Mitgliederstand ist zur Zeit 1452. — Die Bezirksparlase in Müllheim hatte im vergangenen Monat 311 Einlagen im Gesamtbetrage von 35 426 M. und 144 Rückzahlungen von 30 105 M. zu verzeichnen gegen 647 Einlagen mit 77 896 M. und 256 Auszahlungen mit 47 601 M. im Monat Januar. — Vor wenigen Tagen fand in Heitersheim unter großer Theilnahme des Publikums und der Geistlichkeit der Umgebung die Beerdigung des Stadtpfarrers Max Berger dabelst statt. Der Verstorbene war den 13. Februar 1839 zu Säckingen geboren und wurde am 4. August 1863 zum Priester geweiht. Er wirkte nacheinander in Konstanz, Fürtwangen, Müllheim, Steißlingen, Waldtrich und war seit 25. August 1885 Pfarrer in Heitersheim. Ueberall läßt der Verbliebene ein gefegnetes, dankbares Andenken zurück.

** Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Sonntag, 6. März: Landwirtschaftliche Besprechungen in Müllhofen, Krumbach, Denkingen, Unterhof, Brühl, Krenshelm; Landwirtschaftliche Versammlung in Fetzetten; Generalversammlung der Jagdgenossenschaft Waldschut-Fetzetten in Griesen; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins in Müllheim; Bezirksversammlung in Offenbürg; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Ortsvereins in Wurba; Versammlung des Landwirtschaftlichen Ortsvereins in Biegelhausen.

Donnerstag, 10. März: Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Reudorf.

Sonntag, 12. März: Generalversammlung der ländlichen Kreditvereine in Plankstadt und Sedenheim.

Sonntag, 13. März: Landwirtschaftliche Besprechung in Bunderdorf; Generalversammlungen des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins in Göttingen, des Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Riederhof, der ländlichen Kreditvereine in Daxlanden, Hagsfeld und Forthelm; Verband.

versammlung des Verbandes badischer landwirtschaftlicher Konsumvereine in Rosbach.

Montag, 14. März: Generalversammlung der Spar- und Darlehnskassen in Brühl.

Samstag, 19. März: Generalversammlung des ländlichen Kreditvereins in Griesen.

Sonntag, 20. März: Verbandversammlung des Verbandes badischer landwirtschaftlicher Konsumvereine in Hochhausen. (Die auf Sonntag, 6. März, nach Kitzell angelegte landwirtschaftliche Besprechung wird wegen Verhinderung des Vortragerrathenden nicht abgehalten.)

Badischer Landtag.

47. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Freitag, den 4. März 1898.

(Vorläufiger Bericht.)

In der heutigen Sitzung wurde die allgemeine Berathung über den Justizetat zu Ende geführt.

An der Debatte theilnahmen: Staatsminister Dr. Kott, Ministerialdirektor Frhr. v. Reubronn und die Abgg. Dr. Wildens, Beneden, Pfisterer, Heimbürger, Hug, Fieser, Geßel, Hennig, Mampel, Frank, Frhr. v. Bodman, Sed und Straub.

Schluß 1 Uhr. Nächste Sitzung: Samstag, 5. März, Vormittags 9 Uhr.

* Karlsruhe, 4. März. 48. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 5. März 1898, Vormittags 9 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Fortsetzung der Berathung des Berichtes der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1898/99 — Titel I bis VI, XI und XII der Ausgaben, Titel I der Einnahmen —, Bericht-erfasser: Abg. Straub.

(Druckfehlerberichtigung.) In dem Berichte über die 9. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer vom 26. Februar in der I. Beilage zu Nr. 59 soll es auf S. 3, Spalte 1, Zeile 26 von unten statt „übersichtlich“ heißen: „unübersichtlich“.

Deutscher Reichstag.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichtes.)

* Berlin, 3. März.

Abg. Graf Kanitz (kons.) kommt zurück auf die Frage der Kohlentarife und auf die Bedeutung derselben für unseren Wettbewerb mit England.

Abg. Schönlanke (Soz.) führt aus, er bedauere vor allem, daß die Hauptpersönlichkeit hier fehle. Was ist die Eisenbahn-Debatte ohne Herrn v. Miquel? Gerichtlich ist festgestellt, daß die Beunruhigung des Publikums nicht durch die Presse, sondern durch die thatsächlich vorgekommenen vielen Eisenbahnunfälle entstanden ist. Redner schildert dann eingehend die Folgen des übermäßigen Sparstrebens.

Abg. Gamp (Reichsp.) legt dar, daß bei der Schilderung der Eisenbahnunfälle viel Uebertreibungen vorkämen. Redner hebt hervor, daß zahlreiche Umbauten vorgenommen würden und daß jetzt 22 Bahnhöfe im Umbau begriffen sind. Daß die preussischen Finanzen zu gunstigen fänden, sei doch der Eisenbahnpolitik zu verdanken. Die Ueberhöfe der Verwaltung hätten es doch ermöglicht, die Gehälter der Beamten zu erhöhen. Redner schließt: Jedenfalls steht unser Eisenbahnwesen durchaus auf der Höhe der Zeit. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hamacher (nat.-lib.) führt aus: Von dem Herrn Gamp trennt mich vor allem seine Anschauung, daß der Staat die Eisenbahn als industrielles Unternehmen betrachten solle. Die Erhebung der Tarife ist eine Forderung, deren Erfüllung im allgemeinen Interesse liegt. Es ist richtig, daß die Ueberhöfe manche Besserung ermöglicht haben, aber die große Gefahr ist, daß wir die Ueberhöfe zu dauernden Ausgaben verwenden, als ob sie immer mit Sicherheit vorhanden wären. Die Eisenbahnfinanzen müssen von den Staatsfinanzen getrennt werden.

Abg. Werner (Reformp.) sei es ganz unerhört, mit welchem Leichtsinne die Behörden Beamte an Plätze stellen, die sie nicht ausfüllen können. Nicht die Beamten, sondern die Behörde gehe auf die Anklagebank. Das Reichseisenbahnamt müsse, wenn es seine Aufgabe erfüllen solle, ganz anders gestaltet werden.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (nat.-lib.) schildert, welchen Schaden die oberflächliche Montanindustrie durch den Wagenmangel erleide. Die Klagen über die Betriebsunsicherheit seien gerecht. Hier müsse unbedingt Wandel geschaffen werden. Die Ursachen der Unfälle lägen am mangelhaften Material und der Ueberanstrengung des Personals.

Abg. Graf Stolberg-Wenigerode (kons.): Die Reformen seien Sache der Einzelstaaten. Vor allem müßten die Gütertarife auf der Grundlage der Staffeltarife umgestaltet werden.

Abg. Beth (Freis. Volksp.) führt aus, im Tarifwesen sei Süddeutschland weit voraus.

Abg. Rösche (s. l. Fr.) polemisiert gegen den Abg. Graf Kanitz.

Abg. Fuchs (Centrum) spricht sich gegen die Staffeltarife aus.

Abg. Venzmann (Freis. Volksp.) polemisiert gegen den Abg. Gamp.

Titel I, Gehalt des Präsidenten des Reichseisenbahnamts wird bewilligt.

Der Antrag Sachtle-Stein wird mit großer Mehrheit angenommen, der Rest des Etats nach kurzer Debatte gleichfalls erledigt, abgesehen vom Extraordinarium, welches an die Budgetkommission verwiesen ist.

Nächste Sitzung morgen 2 Uhr. Tagesordnung: Petitionen und Initiativanträge.

Der 50. Jahrestag der italienischen Verfassung.

(Telegramme.)

* Rom, 4. März. Aus Anlaß der Feier des 50. Jahrestages der Verfassung gewinnt die Stadt schon jetzt ein sehr belebtes Aussehen. Zahlreiche Theilnehmer an den Festlichkeiten sind aus den Provinzen eingetroffen und noch mehr werden in der Nacht und morgen Früh erwartet. Die öffentlichen Gebäude und viele Privathäuser sind geflaggt. Die Nachfrage nach Karten zum Zutritt zu dem Kapitol ist enorm. Die Grundsteinlegung für das Denkmal des Königs Albert, welche zuerst für heute angefragt war, ist auf morgen verschoben worden.

* Rom, 4. März. Anlaßlich des 50. Jahrestages der Verfassung ist die Stadt festlich beflaggt. Viele Kaufhäuser sind beflaggt. Auf der Straße herrscht reges Leben, das sich in Folge der fortwährenden Ankunft von Deputationen aus der Provinz noch steigert. Um 8 Uhr Morgens läuteten die Glocken des Kapitols das Fest ein. Um 9 Uhr ritt Seine Majestät der König in Begleitung des Kriegsministers, der fremden Militärattachés und einem zahlreichen militärischen Gefolge nach der Esplanade „Macao“, um über die Truppen der Garnison Parade abzuhalten. Ihre Majestät die Königin erschien zu Wagen. Nachdem der König und die Königin die Front der in fünf Treffen aufgestellten Truppen entlang geritten bzw. gefahren waren, begaben sie sich um 9 1/2 Uhr nach dem Unabhängigkeitsplatze, um den Vorbeimarsch der Truppen abzunehmen.

* Rom, 4. März. Die heutige Parade verlief glänzend und rief große Begeisterung hervor. Die Majestäten und die Truppen wurden stürmisch begrüßt. Hierauf kehrten die Majestäten nach dem Quirinal zurück. — Der Kronprinz von Schweden und Norwegen traf in der vergangenen Nacht hier ein.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 4. März. Die Kommission für die Postdampferverträge bestätigt in weiter Lesung die Beschlüsse der ersten Lesung und nahm außerdem den Antrag Müller an, der die Fahrzeit der Austral-Dampfer auf 12,2 und die der neu zu erbauenden Dampfer auf 13,5 Knoten festsetzt.

* Bremerhaven, 4. März. Seine Majestät der Kaiser ist heute Vormittag auf dem Panzer „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ hier eingetroffen.

* Wien, 5. März. Seine Majestät Kaiser Franz Joseph ist heute Früh von Budapest hierher zurückgekehrt. — Die Besserung im Befinden der Kronprinzessin-Witwe hält an.

* London, 4. März. Das Unterhaus verhandelte im Verlaufe der Debatte über die Forderung eines Nachtragskredits von 35 000 Pfund Sterling für die Schutzherrschaft Uganda und die Niger-Unternehmung. Dillke beantragt, den Kredit um 1 000 Pfund Sterling zu kürzen. Curzon: Der Zweck der Unternehmung sei die Erforschung der Juba-Quellen und die Feststellung der Grenzen der britischen Schutzherrschaft, die im Protokolle vom Jahre 1891 nur in allgemeinen Worten bezeichnet werden. Dillke's Antrag wird mit 191 gegen 81 Stimmen abgelehnt.

* Madrid, 4. März. Die spanischen Taucher in Havanna haben die Unternehmung des Kreuzers „Maine“ begonnen. Alles weist auf eine innere Ursache der Katastrophe hin.

* St. Petersburg, 4. März. Ihre Majestät die Kaiserin Alexandra befindet sich auf dem Wege der Besserung.

* Athen, 4. März. Der von der Finanzkontrol-Kommission der Kammer unterbreitete Gesetzesentwurf über die Kriegsschuldigenanleihe bestimmt, daß der ganze Betrag derselben der internationalen Kommission zur Verfügung gestellt wird, welche davon die Zahlungen an die Türkei für Rechnung der griechischen Regierung macht. Der Rest wird der Regierung zugestellt, welche denselben im Einvernehmen mit der internationalen Kommission für die Bedürfnisse des Staates verwendet.

* Shanghai, 4. März. Nach amtlichen chinesischen Berichten aus Tschifu seien die Japaner in Wei-Ha-Wei lebhaft mit Wiederbesetzung beschäftigt.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Samstag, 5. März. Abth. A. 46. Ab.-Vorst. (Mittelpreise): „Lobezang“, Bühnenspiel in 3 Akten von Ludwig Thuille, Dichtung von Otto Julius Bierbaum. Anfang 7 Uhr.

Sonntag, 6. März. Abth. C. 46. Ab.-Vorst. (Mittelpreise). Eingetretener Hindernisse wegen statt „Don Pasquale“: „Die beiden Schützen“, komische Oper in drei Aufzügen nach dem Französischen. Musik von Albert Lortzing. — Hierauf: „Die Puppenfee“, pantomimisches Balletdivertissement von F. Habreiter und F. Gaul, Musik von F. Bayer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Wetterbericht des Centralbur. f. Meteorol. u. Hydr. v. 4. März. 1898.

Am Tische abnehmend ist die Depression, welche gestern über den dänischen Inseln gelegen war, ganz in das Ostseegebiet hineingezogen, eine zweite liegt über dem westlichen Frankreich. Beide Minima verursachen in ganz Mitteleuropa Fortdauer des bisherigen unbeständigen, zu Regen- und Schneefällen geneigten Wetters. Die Temperaturen sind in Süddeutschland vielfach unter den Gefrierpunkt gefallen. Eine wesentliche Witterungsänderung ist vorerst wohl nicht zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom.	Therm.	Abol.	Beachtig.	Wind	Himmel
	mm	in C.	Reaumur	Zeit in Vorst.		
3. Nachts 9 U.	746.5	2.0	4.5	85	SE	b. bedeckt
4. Morgs. 7 U.	746.0	0.8	4.7	96	NE	bedeckt
4. Mittags. 2 U.	745.3	6.0	4.7	67	„	„

1) Schnee
Höchste Temperatur am 3. März 6.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 0.5.
Niederschlagsmenge des 3. März 1.8 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxan, 3. März: 3.41 m, gestiegen 6 cm.

Anzeigen

finden weiteste Verbreitung
in der über ganz Baden
gleichmäßig vertheilten
Karlsruher Zeitung.

Telegraphische Kursberichte

Frankfurt. (Kurse von 2 1/2 Uhr Nachm.) Kreditaktien 310 1/2, Diskontokommandit 206.10, Staatsbahn 71 1/2, Lombarden 71 1/2, Tendenz: fest. Frankfurt. (Schlusskurse.) Wechsel Amsterdam 169.45, Wechsel London 204.57, Paris 80.96, Wien 170.20, Italien 76.81, Privatdiskont 2 1/2, Napoleons 16.20, 4%, Deutsche Reichsanleihe 104.30, 4 1/2%, (3 1/2% abg.) Baden in M. 102.25, 3 1/2%, Baden in M. 103 1/2, 3%, Baden in M. v. 1896 97.00, 4%, Monopolgriechen 41.95, 3%, Italien 94.10, Deferr. Goldrente 104.40, Deferr. Silberrente 87.00, Deferr. Loose v. 1860 126.10, Portugiesen 32.60, Neue 4%, Ruffen 68.80, 4%, Serben 62 1/2, Spanier 59.90, Türkenloose 36.50, 1%, D.-Türken 22.40, 4%, Ungar. Goldr. 103.80, Ung. Kronenrente 100.25, 5%, Argentinier 79.70, 5%, Chinesen 102.00, 6%, Mexikaner 97 1/2, 5%, Mexikaner 95.20, 3%, Mexik. 24 1/2, Berliner Handelsgesellschaft 172.30, Darmstädter Bank 167.90, Deutsche Bank 208.10, Dresdener Bank 165.70, Badische Bank 118.60, Rhein. Kreditbank 137.70, Rhein. Hypothekbank 171.00, Pfälz. Hypothekbank 163.90, Deferr. Länderbank 185.00, Wiener Bankverein 230 1/2, Ottobank 110.70, Mainz. —, G. —, G. —, Schweizer Centralbank 137.00, Schweizer Nordostbahn 101.00, Schweizer Union 75.80, Jura-Simplon 83.70, Mittelmeerbahn 96.10, Meridionalbank 137.00, Badische Zuckerfabrik 53 1/2, Harpener 176.80, Nordd. Lloyd 116 1/2, Badische Maschinenfabrik 196.00, North Brer. 62.30, N. G. 281.10, Schuderer 273.81. (2 1/2 Uhr.) Kreditaktien 310 1/2, Diskontokommandit 206.20, Staatsbahn 295 1/2, Lombarden 71 1/2, Tendenz: fest.

Frankfurt. (Abendkurse.) Kreditaktien 310.00, Diskontokommandit 206.00, Staatsbahn 295 1/2, Lombarden 71 1/2, Gelsenkirchen —, Harpener —, Laurahütte —, Türkenloose —, 6%, Mexikaner —, Jura Simplon 83.80, Italiener 94.50, Tendenz: fest. Berlin. (Schlussk.) 4%, Reichsanl. 104.00, Br., 3%, Reichsanl. 97.25, 4%, Preuss. Konsole 104.00, Deferr. Kredit 203.50, Diskontokommandit 206.40, Dresdener Bank 169.20, Nationalbank für Deutschland 152.10, Bochumer Gußstahl 197.50, Gelsenkirchen Bergwerk 178.00, Laurahütte 183.70, Harpener 177.40, Dortmund 97.20, N. G. 281.20, Schuderer 273.00, Dynamit Krupp 176.90, Köln-Rothweller Pulverfabr. 228.90, Deutsche Metallpatronenfabrik 352.00, Staatsbahn 145.70, Kanada-Pacific 79.30, Privatdiskont 2 1/2. Berlin. (Nachbörse. Schluss.) Diskontokommandit 206.10, Deutsche Bank 208.00, Dortmund 97.50, Bochumer 199.60. Wien. (Vorbörs.) Kreditaktien 365.50, Staatsbahn 343.10, Lombarden 80.70, Marknoten 58.78, 4 1/2%, Ung. Gold. 122.30, Papierrente 102.45, Deferr. Kronenrente 102.80, Länderbank 219.25, Ungar. Kronenrente 99.60, Tendenz: fest. Paris. (Anfangskurse.) 3%, Rente 104.32, Spanier 59 1/2, Türken 22.70, 3%, Italiener 94.75, Ottobank 559.00, Rio Tinto 734.00, Tendenz: —. Paris. (Schlusskurse.) 3%, Rente 104.25, 3%, Portugiesen 20 1/2, Spanier 59 1/2, Türken 22.60, Ottobank 558.00, Rio Tinto 710.00, Banque de Paris 934.00, Italiener 94.75, Debeers 716.00, Robinson 208.00, Tendenz: schwach. London. (Südafrikan. Minen.) Debeers 29 1/2, Charterer 2 1/2.

Woblfelds 4 1/2, Randfontein 1 1/2, Casfrand 4 1/2, 6 1/2, Argentinier (innere) 31.00, Atchison Top 29.00, Louisv. Rasph. 56 1/2.

Familiennachrichten.

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Regist. Geburten. 26. Febr. Maria Luise, B.: Eduard Müller, Sattler. — Babette Frieda, B.: Julius Breisacher, Sergeant. 27. Febr. Luise Helene, B.: Richard Hoppenhausen, Mechaniker. — Marie Agathe, B.: Karl Mees, Vergolder. — 28. Febr. Martha Hilda, B.: Jakob Gousser, Kaufmann. — Anna Sofie, B.: Bernhard Schmidt, Schreiner. — 1. März. Friedrich Hellmuth, B.: Friedrich Franz Lokomotivbeizer. — 3. März. Friedrich Alwin, B.: Friedrich Alwin Frenzel, Schreiner. — Emil Wilhelm, B.: Karl Friedrich Stehler, Schreiner. — 4. März. Friedrich Karl, B.: Karl Julius Dollmaeth, Sekretär. Eheausweise. 3. März. Wilhelm Koch von hier, Fabrikant hier, mit Elisabeth Fröhlich von Bruchsal. — Samuel Kestler von Schwellingen, Schuhmacher hier, mit Agnes Hoffmann von Schwellingen. — Wilhelm Reiter von Kassel, Gallenmeister hier, mit Elisabeth Welter von Darmstadt. — Johannes Frey von Singen, Zimmermann hier, mit Emma Blum von Neunkirch. — Alfred Deckerich von Mühlhausen i. L., Magazinschreiber hier, mit Ida Weigand von hier. — Leopold Schneider von Böllersbach, Ausläufer hier, mit Friederike Daniel von Cottenweiler. — Jakob Belte von Bahndörren, Schuhmacher hier, mit Katharina Rues von Neuenburg. Todesfälle. 3. März. Ida, Ehefrau von Julius Leibbrandt, Zahlmeyer, 34 J.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kapp in Karlsruhe

I. Vortrag von Dr. Joh. Müller

im großen Kathhansaal Dienstag den 8. März, Abends 8 Uhr über

Religion und Naturwissenschaft.

Eintrittspreis: Referd. Platz M. 1.—, II. Platz 50 Pfg.; für Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten 20 Pfg. Abonnementskarten für sämtliche 4 Vorträge: Referd. Platz M. 3.—, II. Platz M. 1.50. Karten sind zu haben in der Musikalienhandlung von F. Voert, Kaiserstraße 159 (Gde Ritterstraße), sowie Abends an der Kasse. 8.91.

Advertisement for 'Weber's Carlsbader Kaffee-Gewürz'. Includes an illustration of a woman's face and the text 'Allgemein beliebt ist Weber's Carlsbader Kaffee-Gewürz. Wie dasselbe erprobt, wird es stets verwenden.' Below the illustration is the text 'D-971.16' and 'ist die Krone aller Kaffeeverbesserungsmittel'.

Freiburg. Liegenschafts-Versteigerung.

Mit oberbaurathlicher Ermächtigung werden aus dem Nachlass des Waicherbauern Johann Wut in Buchenbach die nachbeschriebenen Liegenschaften öffentlich im Rathhause zu Buchenbach am Donnerstag den 10. März 1898, Vormittags 1/2 12 Uhr, zu Eigenthum versteigert, wobei der Zuschlag auf das höchste Gebot erfolgt, welches aber — wenn unter dem Anschlag — noch der Genehmigung der Betheiligten bedarf.

A. Gemerkung Buchenbach.

- 1. Gemann Schloßwald: 2 ha 5 a 10 qm Weide, 5 " 31 " 75 " Wald. 2. Gemann Brunnenmatte: 1 ha 11 a 14 qm Wiesen, 2 " 7 " 40 " Weide, 4 " 6 " 20 " Wald. 3. Gemann Maderhof: 1 ha 34 a 80 qm Hofraithe, 2 " 30 " Hausgarten, 16 " 6 " 50 " Ackerland, 11 " 79 " 90 " Wiesfeld, 6 " 41 " 60 " Wald, 1 " 83 " 40 " Weide, 2 " 20 " 70 " Dehung, Weiser und Wege.

Auf der Hofraithe stehen ein einstöckiges Wohnhaus mit Balkenteller und Waschküche, ein Schweinestallgebäude, Scheuer mit Stallung, Wagen- u. Einfahrtshof, eine Mahlmühle mit Maschinenhaus und ein Fruchtweiser.

Das Ganze (Ziffer 1—3) bildet ein geschlossenes Hofgut und ist geschätzt zu M. 62756.

B. Gemerkung Falkenfeig.

Einem Viertel Antheil an der sog. Hütte, d. i. an 55 ha 55 a 78 qm Hofraithe, Wies-, Acker- und Weinfeld, Wald und Weg nebst einschlägiger Viehhütte, tarirt zu M. 2600.

C. Gemerkung Zästler.

Die unabgetheilte Hälfte an einem Viertel Antheil an der sog. Höfener Hütte auf Gemerkung Zästler, tarirt zu M. 1500.

Fremde Steigerer und Bürgen haben auf Verlangen sich durch gemeinderäthliche Zeugnisse über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen. Die übrigen Bedingungen können bei mir eingesehen oder in Abschrift erhoben werden. Freiburg, den 19. Februar 1898. Groß. Notar: Rappert.

Ein Flügel.

vorzögl. Fabrikat, sehr wenig gespielt, ist im Auftrag billigst zu verkaufen bei Ludw. Schwesigut, Grossh. Bad. Hollielerant, Karlsruhe, Herrenstr. 31.

Bürgerliche Rechtsfreite.

Konkurte. R-964. Nr. 7503. Freiburg. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Karl Luz in Freiburg wird, da er seine Zahlungsunfähigkeit erklärt und selbst den Antrag gestellt hat, heute am 2. März 1898, Nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Agent Karl Ruhn hier wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 27. März 1898 schriftlich bei dem Gerichte oder mündlich bei der Gerichtsschreiberei anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag den 5. April 1898, Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Hofmarktplatz 6, II. Stock, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefordert werden können, dem Konkursverwalter bis zum 27. März 1898 Anzeige zu machen.

Freiburg, den 2. März 1898. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Heß.

Konkurte.

R-961. Nr. 2131. Philippsburg. Ueber das Vermögen des Landwirts Franz Josef Lehmann von Kirtlach wird, da derselbe seine Zahlungsunfähigkeit erklärt und Eröffnung des Konkursverfahrens über sein Vermögen beantragt hat, heute am 2. März 1898, Vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Rechtsagent Schön hier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 15. April 1898 bei dem Gerichte anzumelden. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefordert werden können, dem Konkursverwalter bis zum 15. April 1898 Anzeige zu machen. Philippsburg, den 2. März 1898. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Reichard.

15. April 1898 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Mittwoch den 23. März 1898, Vormittags 10 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Donnerstag den 12. Mai 1898, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefordert werden können, dem Konkursverwalter bis zum 1. April 1898 Anzeige zu machen. Groß. bad. Amtsgericht. gez. Dr. Rombert.

Vorstehende Ausfertigung stimmt mit der Urchrift überein. Philippsburg, den 2. März 1898. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Reichard.

Konkurte. R-962. Nr. 3948. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bäckers Fritz Dold in Offenburg wird zur Abnahme der von dem seitherigen Konkursverwalter lag gelegten Rechnung, sowie zur Wahl eines Konkursverwalters die Gläubigerverammlung auf Dienstag den 15. März 1898, Vormittags 9 1/2 Uhr, einberufen.

Offenburg, den 2. März 1898. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: G. Beller.

Konkurte. R-988. Nr. 2546. Breisach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Nagelschmieds Rudolf Friedrich in Breisach ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Donnerstag den 17. März 1898, Vormittags 10 Uhr, vor dem Groß. Amtsgericht hier selbst anberaumt.

Breisach, den 28. Februar 1898. R. Beble, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Konkurte. R-965. Nr. 2431. Weinheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gutspächters Jakob Bach auf Balberhof bei Hemsbach, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Dienstag, den 22. März 1898, Vormittags 9 Uhr, vor dem Groß. Amtsgerichte hier selbst anberaumt.

Weinheim, den 1. März 1898. Fersperger, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Vermischte Bekanntmachungen.

R-993.1. Nr. 1525. Offenburg. Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Zur Vergrößerung des Aufnahmehauses, Weichenwärterwohngebäudes und Lokomotivabwässerung auf Station Oefweier sollen die Grab- und Maurerarbeiten, Steinbauarbeiten, Zimmerarbeiten, Schreinerarbeiten, Glaserarbeiten, Schleiferarbeiten und Schieferdeckerarbeiten im Gesamtbetrage von ca. 11745 Mark vergeben werden. Arbeiten gleicher Gattung sollen thunlichst für alle 3 Gebäude zusammen vergeben werden.

Pläne und Bedingungen liegen im Geschäftszimmer des unterzeichneten zur Einsicht auf, wofolbst auch Verdingungsanschläge abgegeben werden. Karlsruhe, den 2. März 1898. Generaldirektion.

Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Die im Tarif für den südösterrösch-ungarisch-deutschen Güterverkehr vom 1. März 1898 enthaltenen Frachttäge der Stationen der lgl. preussischen und groß. bad. hessischen Staatsbahnen bleiben vorerst außer Wirksamkeit. Dafür gelten bis auf Weiteres die seitherigen Sätze. Karlsruhe, den 3. März 1898. Generaldirektion.

Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Für die Beförderung von Spirit und Spiritus zur Ausfuhr nach der Schweiz u. Frankreich in Ladungen von 10000 kg treten mit Gültigkeit vom 1. März 1898 l. J. theils ermäßigte und theils neue Aufnahmefähigkeit von den hessischen Stationen Wera, Grösch, Veisg.-Eibterich, Pflag-

Die Angebote sind längstens bis 26. März d. J., Vorm. 10 Uhr, portofrei und mit geeigneter Aufschrift versehen, anher einzureichen.

Eine Zuschlagsfrist von 3 Wochen wird vorbehalten. Offenburg, den 3. März 1898. Groß. Bahnbauminспекtor II. R-980. Karlsruhe.

Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Gültigkeit vom 1. März 1898 sind im österrösch-ungarisch-schweizerischen Eisenbahnverband (Verkehr mit Basel, Schaffhausen, Singen und Konstanz) die Stationen Niederdorf der R. A. privilegierten Südbahngesellschaft und Wörtschach der R. A. österröschischen Staatsbahn mit direkten Frachttagen in den Tarif Teil IV Heft 1 vom 1. Juni 1894 für die Beförderung von Holz u. einbezogen worden. Nähere Auskünfte erteilen unser Gütertariffbureau sowie die Güterdienststellen. Karlsruhe, den 2. März 1898. Generaldirektion.

Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Die im I. Nachtrag zum Ausnahmestarif für Steinkohlen u. f. w. im Südwestdeutschland-Schiffweg vom 10. Oktober 1897 unter Ziffer I vorgezeichneten Frachttäge sind vom 10. März l. J. an, und die im Ausnahmestarif für Steinkohlen u. f. w. im Südwestdeutschland-Mittel- und Westschiffweg vom 1. Februar l. J. auf den Seiten 6 und 7 enthaltenen, mit nur einem Stern versehenen Schritttagen vom 9. März l. J. an auch gültig für Bricks, die in Mannheim, Maxau, Rheinau, Ludwigshafen a. Rh., Maximiliansau und Speyerhafen a. Rh., Marginalienbau und Wasser dafelbst angekommenen Kohlen hergestellt werden und mit der Bahn weitergehen. Karlsruhe, den 1. März 1898. Generaldirektion.

Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Zum Sechsten-Ausnahmestarif des norddeutsch-hessisch-südwestdeutschen Eisenbahnverbandes ist mit Gültigkeit vom 1. März 1898 der Nachtrag 7 ausgegeben worden. Derselbe enthält außer früher bereits bekannt gegebenen Ergänzungen theilweise ermäßigte Petroleum- und Naphta-Frachttäge für die Stationen Konstanz tr., Schaffhausen tr., Singen tr. und Waldshut tr. und kann von unserem Gütertariffbureau und den Güterdienststellen bezogen werden. Karlsruhe, den 2. März 1898. Generaldirektion.

Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Die im Tarif für den südösterrösch-ungarisch-deutschen Güterverkehr vom 1. März 1898 enthaltenen Frachttäge der Stationen der lgl. preussischen und groß. bad. hessischen Staatsbahnen bleiben vorerst außer Wirksamkeit. Dafür gelten bis auf Weiteres die seitherigen Sätze. Karlsruhe, den 3. März 1898. Generaldirektion.

Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Für die Beförderung von Spirit und Spiritus zur Ausfuhr nach der Schweiz u. Frankreich in Ladungen von 10000 kg treten mit Gültigkeit vom 1. März 1898 l. J. theils ermäßigte und theils neue Aufnahmefähigkeit von den hessischen Stationen Wera, Grösch, Veisg.-Eibterich, Pflag-

Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Die im Tarif für den südösterrösch-ungarisch-deutschen Güterverkehr vom 1. März 1898 enthaltenen Frachttäge der Stationen der lgl. preussischen und groß. bad. hessischen Staatsbahnen bleiben vorerst außer Wirksamkeit. Dafür gelten bis auf Weiteres die seitherigen Sätze. Karlsruhe, den 3. März 1898. Generaldirektion.

Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Für die Beförderung von Spirit und Spiritus zur Ausfuhr nach der Schweiz u. Frankreich in Ladungen von 10000 kg treten mit Gültigkeit vom 1. März 1898 l. J. theils ermäßigte und theils neue Aufnahmefähigkeit von den hessischen Stationen Wera, Grösch, Veisg.-Eibterich, Pflag-

mit-Abenden und Zeit nach den deutsch-schweizerischen Uebergangsstationen in Kraft. Die bisher für Sendungen von den genannten sächsischen Stationen nach Basel und Schaffhausen für Ladungen von 5000 kg bestehenden Ausnahmefrachttäge, sowie diejenigen für Sendungen von Altenburg, Chemnitz, Dresden und Freiberg nach Basel und Schaffhausen für Ladungen von 5000 und 10000 kg werden Ende August l. J. aufgehoben. Karlsruhe, den 3. März 1898. Generaldirektion.

Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Gültigkeit vom 1. März 1898 wird der Artikel VIII, gerodnet, Zusatzde und Zusatzde in das Waarenverzeichnis des Ausnahmestarfes für Dünge- und Rohmaterialien der Kunstdüngerfabrikation vom 1. Mai 1897 aufgenommen. Karlsruhe, den 3. März 1898. Generaldirektion.

Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Gültigkeit vom 1. März 1898 wird der Artikel VIII, gerodnet, Zusatzde und Zusatzde in das Waarenverzeichnis des Ausnahmestarfes für Dünge- und Rohmaterialien der Kunstdüngerfabrikation vom 1. Mai 1897 aufgenommen. Karlsruhe, den 3. März 1898. Generaldirektion.

Bearbeitung von Banarbeiten.

Für den Neubau eines Zellenflügels am Groß. Landesgefängnis in Freiburg sollen folgende Banarbeiten vergeben werden: Verputzarbeit . . . 6198.09 M. Cementarbeit . . . 13007.59 " Schlofferarbeit . . . 2822.20 " (Galeriesgeländer, Treppen u. c.)

Arbeitsauszüge können von heute an auf dem Baubüro im Groß. Landesgefängnis (Eingangsbau, Johannerstraße Nr. 1) in Empfang genommen werden, wofolbst auch die Pläne und Bedingungen aufliegen. Die auf Einzelpreise zu stellenden Angebote sind spätestens Freitag den 18. März d. J., Mittags 12 Uhr, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, portofrei an unterzeichnete Stelle einzusenden. Zuschlagsfrist 2 Wochen. Freiburg i. B., den 2. März 1898. Groß. Bezirksbauinspektion. v. Stengel.

Bekanntmachung.

Wegen Austritts des derzeitigen Inhabers ist die Stelle eines Bezirksbaukontrolleurs für den Amtsbezirk Engen zu belegen. Tüchtige Bautechniker, insbesondere geprüfte Werkmeister, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, hätten sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse binnen 4 Wochen bei uns zu melden. Engen, den 1. März 1898. Groß. bad. Bezirksamt. Seidner.

Finanzgehilfe.

Im Wahl- oder dessen Nähe wohnhaft, kann beim Domänenamt Bühl als Volontär eintreten. R-970.1

Bettfedern.

Wir verkaufen zollfrei, gegen Nachn. jedes kettliche Dammum) Gute neue Bettfedern pr. Pfd. 1. 60 Pfg., 80 Pfg., 1. 2. 25 Pfg., u. 1. 40 Pfg.; Feine prima Halbdaunen 1 Pfd. 60 Pfg. und 1 Pfd. 80 Pfg.; Polarfedern: Halbweiß 2 Pfd., 3 Pfd., 4 Pfd., 5 Pfd., 6 Pfd.; Silberweiße Bettfedern 3 Pfd., 3 Pfd., 4 Pfd., 5 Pfd., 6 Pfd.; ferner: 3 Pfd. hiesige Daunen (sehr mittelmäßig) 2 Pfd. 50 Pfg., u. 3 Pfd. Werpung von Kottentriebe. — Bei Verträgen von mindestens 75 Pfd. Nachn. — Kettfedern werden, zollfrei, geliefert. Pecher & Co. in Herford in Westph.